Die Bildungsarbeit der
Politischen Stiftungen in Deutschland

Politische Stiftungen sind Akteure zur **Förderung** der Demokratie

Die Politischen Stiftungen erfüllen im Auftrag des Staates demokratische und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit. Da diese Aufgabe gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 14. Juli 1986 (AZ 2 BvE 5/83) im öffentlichen Interesse liegt, wird sie aus öffentlichen Mitteln finanziert. Unser parlamentarisch-politisches System setzt ausreichend informierte, politisch gebildete und deshalb mündige Bürgerinnen und Bürger voraus. Insofern erfüllen die Träger der Politischen Bildung einen öffentlichen Auftrag, der für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt von elementarer Bedeutung ist.

Die Politischen Stiftungen sind privatrechtliche Organisationen, die ihre Leistungen unabhängig und eigenverantwortlich erbringen. Sie sind Teil der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Sie sind Akteure zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten im In- und Ausland.

Eine Besonderheit Politischer Stiftungen liegt darin, dass sie nicht wertneutral sind, sondern den politischen Pluralismus in Deutschland repräsentieren.

In ihrer Bildungsarbeit vermitteln sie, wie die verschiedenen politischen Strömungen auf dem Boden des Grundgesetzes um die jeweils beste Lösung und um Mehrheiten ringen. Ihr Alleinstellungsmerkmal, parteipolitisch orientiert und zugleich unabhängig zu sein, ermöglicht ihre Beteiligung am Wettstreit der Ideen auf der Basis einer gemeinsamen freiheitlichen demokratischen Ordnung, aber mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen. Dadurch unterstreichen sie die weithin unterschätzte Bedeutung der Parteien für die friedliche Artikulation und Integration unterschiedlicher politischer Auffassungen und Interessen. Demokratie und Parteien gehören in einer freiheitlichen Gesellschaft zusammen – das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

Die demokratische Gesellschaft kann durch die Förderung der politischen Bildung durchaus auf die Voraussetzungen ihrer Existenz Einfluss einnehmen. Ausländische Besucher zeigen sich beeindruckt und überzeugt von der weltweit einzigartigen Konstruktion der Politischen Stiftungen, ihrer politischen Bildungsarbeit und deren Relevanz für die Stabilität der Demokratie in Deutschland wie für die Stärkung demokratischer Verhältnisse in Europa und international.

Es gibt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Qualität, Quantität und Leistungsfähigkeit sowie gesellschaftlicher Wirkung der Politischen Bildung einerseits und den für diese Aufgabe bereitgestellten Zuwendungen. Sinken diese, kann das bisherige Angebot zumindest seinem Umfang nach nicht mehr aufrechterhalten werden. Qualität und Quantität sind für die Politische Bildung kein Widerspruch. Sie muss im Gegenteil beide Ziele zugleich verfolgen, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger mit qualitativ hochwertigen Angeboten zu erreichen. Die Politischen Stiftungen verpflichten sich seit jeher zu einer hohen Qualität ihrer Angebote, die von den Zuwendungsgebern anerkannt ist und in einem permanenten Evaluationsprozess weiterentwickelt wird. Die nachfolgend aufgeführten Thesen unterstreichen die Notwendigkeit politischer Bildung und präzisieren das Selbstverständnis der Politischen Stiftungen.

Die Politische Bildung ist Teil der Bildung in Deutschland – Folgende **Bildungsziele** stehen im Vordergrund

Politische Bildung hat den dauerhaften Auftrag, demokratisches Bewusstsein und politisches Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Damit Demokratie lebendig bleibt, muss sich jede Generation neu die demokratischen Werte aneignen und das nötige staatsbürgerliche Wissen erwerben. Die Politische Bildungsarbeit der Stiftungen zielt auf Wissensvermittlung, Orientierung, Ermutigung und Befähigung zu zivilgesellschaftlichem Engagement und politischem Handeln.

Politische Bildung ist Teil des lebensbegleitenden Lernens. Über die Erlangung individueller beruflicher Kompetenzen im Bildungssystem hinaus unternehmen die Träger der Politischen Bildung große Anstrengungen, auch soziale und gesellschaftspolitische Kompetenzen zu vermitteln.

Politische Bildung zielt auf die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger, also auf ihre eigenständige politische Urteils- und Handlungskompetenz. Es verbietet sich, Bürgerinnen und Bürger als Objekte von Agitation oder Indoktrination behandeln zu wollen.

Politische Bildung hat die Komplexität gesellschaftlicher Zusammenhänge durch die Vermittlung von Wissen, Theoriezusammenhängen und Deutungsmustern verständlich zu machen. Insbesondere ihre Wertorientierung macht deutlich, dass die politischen Verhältnisse gestaltbar sind.

Politische Bildung ist ein sozialer Prozess, ist Dialog, Befähigung zur Demokratie, Einübung von Toleranz in der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden und vor allem Motivation und Qualifizierung zum politischen Engagement.

Politische Bildungsarbeit der Stiftungen gewährleistet die öffentliche Zugänglichkeit ihrer Angebote für jede Bürgerin und jeden Bürger.

Aktuelle Herausforderungen für die Demokratie – **Aufgabenfelder** der Politischen Bildung

Das Vertrauen vieler Menschen in unsere politische Ordnung schwindet. Die abnehmende Wahlbeteiligung, der Rückgang der Mitgliederzahlen bei der Mehrzahl der Parteien, die abnehmende Zahl an Kandidaturen für politische Mandate und Funktionen sowie das Aufkommen populistischer Strömungen und Parteien in Europa sind ernst zu nehmende Signale für eine Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger von unserer Demokratie. Die Politische Bildung wirkt der wachsenden Kluft zwischen Bürgerinnen, Bürgern und politischen Institutionen durch Information, Orientierung und Ermutigung zur aktiven Teilhabe entgegen.

Das Wissen über die Grundlagen und Verfahren unserer politisch-demokratischen Ordnung und über den ethischen Referenzrahmen (wie z. B. Sinn und Rangordnung von Werten) unseres rechtsstaatlichen Systems, über die Funktionsweise der Sozialen Marktwirtschaft oder über die Notwendigkeit der internationalen Einbindung Deutschlands nimmt ab. In der Folge sinkt – wie empirisch festgestellt – die Akzeptanz unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Meinungsvielfalt wird als Zerstrittenheit gedeutet, es wird nicht erkannt, dass politische Auseinandersetzungen auch ein Ausdruck von Freiheit und Mitbestimmung sind. Vielmehr wird zunehmend verkannt, dass mitunter langwierige rechtsstaatliche, parlamentarische und (partei-) politische Verfahren die Beteiligung vieler Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Nicht wenige pflegen ein unrealistisches Politikerbild, das entweder ressentimenthaft verzeichnet oder mit überzogenen Erwartungen befrachtet wird. Die Politische Bildung erklärt und verdeutlicht das Wesen des Politischen.

Das aktive politische Engagement muss wie jede andere Kompetenz erlernt werden. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht eine professionelle Mandatsausübung und eine hohe Fähigkeit ihrer gewählten Repräsentanten, zur Lösung politischer Probleme beizutragen. Die Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen professionalisiert das soziale und politische Engagement der Bürgerinnen und Bürger und fördert die Aktivität derjenigen, die in Staat und Gesellschaft Verantwortung wahrnehmen wollen.

Mit der Einwanderung von Millionen Menschen aus anderen politischen und kulturellen Verhältnissen wächst der politischen Bildungsarbeit eine neue Aufgabe zu: sie muss einen wesentlichen Beitrag für die politische Integration von Zuwanderern, für religiöse und politische Toleranz bei gleichzeitiger Verbindlichkeit demokratischer Grundwerte leisten. Dazu gehört die Zusammenarbeit mit Trägern und Organisationen, die sich mit interkulturellen Dialogen oder der

Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in aktuelle gesellschaftspolitische Debatten befassen.

Im Gefolge der zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft, der europäischen Integration und des wachsenden Gewichts supranationaler Institutionen wächst der Bedarf an Wissen und Urteilsfähigkeit über internationale Zusammenhänge sprunghaft an. Politische Stiftungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Internationalisierung des politischen Diskurses in der Bundesrepublik Deutschland, zur europäischen Integration und zum interkulturellen Dialog. Aufgrund ihrer internationalen Arbeit und ihrer weltweiten Kontaktnetze sind sie für diese Aufgabe geradezu prädestiniert.

Es zeigt sich aktuell ein gewachsenes Bedürfnis der Bürger nach mehr Partizipation an politischen Entscheidungsvorgängen. Dies ist ein wünschenswerter und zu fördernder Prozess des Mündigseins, zielt doch seit der Aufklärung das Projekt der Moderne auf Emanzipation und demokratische Beteiligung. Für den politischen Legitimationsprozess hat dies Konsequenzen: Neben der bislang dominierenden Form der „Legitimation durch Verfahren" tritt verstärkt die Form der „Legitimation durch Kommunikation". Politische Entscheidungsträger und Instanzen werden zukünftig ihre Vorhaben und Projekte dem Bürger im öffentlichen Dialog zu erklären und mit ihren sachgerechten Interessen abzustimmen bzw. den Bürger an der Entscheidung zu beteiligen haben. Die direkte Ansprache und Partizipation der Bürger zu erreichen, Dialogformen zu organisieren, Kommunikation und Diskurs zu ermöglichen, Mediationsverfahren einzuleiten, wird für die Politische Bildung in Zukunft noch stärker in den Vordergrund treten.

Die Politische Bildung eignet sich nicht als Feuerwehr, sondern muss **nachhaltig** wirken

Wie Bildung insgesamt, kann auch Politische Bildung nicht kurzfristig, tagesaktuell und punktuell wirken. Politische Bildung entfaltet ihre Wirkung nur, wenn sie nachhaltig arbeiten kann.

Deshalb hat eine solide, berechenbare institutionelle Förderung hohe Bedeutung für eine professionell gestaltete, thematisch und methodisch vielfältige Bildungsarbeit. Die Politischen Stiftungen setzen Steuerungsinstrumente wie die Zertifizierung, das Qualitätsmanagement und die kontinuierliche Selbst- und Teilnehmerevaluation ein. Damit wird sichergestellt, dass die Zuwendungen effizient und bildungswirksam verwandt werden. Politische Stiftungen erfüllen im hohen Maße die Anforderung der Transparenz. Sie legen öffentlich Rechenschaft über ihr Wirken ab. Ihre Arbeit ist Gegenstand permanenter Kontrollen staatlicher Instanzen.

Die Politische Bildung **modernisiert** sich stetig

Neue politische Fragestellungen und neue Medien erfordern die Ausweitung und Veränderung der Inhalte sowie eine zunehmende Differenzierung der Zielgruppen. Beides erzwingt eine Pluralisierung der Formate, der Lernkonzepte und der Lernumgebungen.

An die Didaktik und Methodik der Politischen Bildung werden hohe Anforderungen hinsichtlich Professionalität, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit gestellt. Die Vielzahl der Formate und die zunehmende Integration des Internet in die Vorbereitung, Durchführung und Begleitung von Bildungsprojekten belegt die Professionalisierung der Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen. Durch den Weg in das Web 2.0 wird die Politische Bildung komplexer und zielgruppen-genauer, aber auch kostspieliger. Alle Träger müssen in neue, internetgerechte Formate investieren, um dem Lern- und Lehrverhalten vor allem der jüngeren Generation Rechnung zu tragen. Politische Bildung kann und darf – will sie nachhaltig ihre Bildungsziele erreichen – nicht auf mehrtägige Angebote verzichten; es muss ein ausgewogener Mix an Maßnahmen mit Kurz- und Langzeiteffekten angeboten werden. Eine Kombination von präsenz- und netzgestütztem Lernen, unterschiedliche Lernorte und -situationen, die Begegnung mit anderen – dies alles sind didaktisch-methodische Elemente, die den nachhaltigen Erfolg von Politischer Bildung steigern.

Die Politischen Stiftungen erreichen mit ihren rund 12 000 Veranstaltungen pro Jahr ungefähr 700 000 Teilnehmer. Sie bieten über ihre Internetseiten Informationen an, die im Schnitt 40 Mio. Mal im Jahr aufgerufen werden – nicht eingerechnet spezielle Themen-Portale.

Diese Zahlen spiegeln die hohe Resonanz, die die Angebotspalette der Politischen Stiftungen findet. Ihr Bemühen ist kein Selbstzweck, der Erfolg kein Selbstläufer. Demokratie braucht Demokraten – dieser Leitsatz formuliert Ausgangspunkt und Ziel politischer Bildung. Es liegt im ureigensten Interesse unseres demokratischen Systems sowie seiner staatlichen und politischen Institutionen, dass der damit gestellte Auftrag dauerhaft und erfolgreich erfüllt werden kann.

Juni 2011

Dr. Hans-Gert-Pöttering, Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Peter Struck, Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Wolfgang Gerhardt, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Ralf Fücks, Heinrich-Böll-Stiftung

Barbara Unmüßig, Heinrich-Böll-Stiftung

Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Hanns-Seidel-Stiftung

Heinz Vietze, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Transparente Verwendung der Mittel

Auszug aus „Gemeinsame Erklärung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung e.V. und der Heinrich-Böll-Stiftung e.V." (November 1998); Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. (beigetreten 2003):

Sechster Abschnitt:
Kontrolle und Öffentliche Rechenschaftslegung

1. Die Politischen Stiftungen weisen darauf hin, daß die ordnungsgemäße, sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Globalzuschüsse und Projektförderungsmittel seit jeher von der jeweils bewilligenden Bundesbehörde auf der Basis der eingereichten Verwendungsnachweise kontrolliert wird. Die Verwendung der Globalzuschüsse wird zudem aktuell und laufend im Rahmen der begleitenden Kontrolle des Erfolgs durch das Bundesministerium des Innern auf der Grundlage der Allgemeinen Nebenbestimmungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I) geprüft. Außerdem wird die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Politischen Stiftungen vom Bundesrechnungshof kontrolliert, dessen Prüfrecht sich aus § 104 Abs. 1 Bundeshaushaltsordnung ergibt. Der Bundesrechnungshof legt seine Prüfberichte der jeweils bewilligenden Bundesbehörde vor.

Daneben wird die Verwendung der Landesmittel durch Landesbehörden und Landesrechnungshöfe kontrolliert. Die Einhaltung der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeitsbestimmungen wird von den Finanzbehörden geprüft.

2. Wie eingangs dargestellt, ist die Information der Öffentlichkeit eine wichtige Vertrauensgrundlage für die Arbeit der Politischen Stiftungen. Es ist ihr vorrangiges Anliegen, die Öffentlichkeit regelmäßig und umfassend über ihre Arbeit zu informieren und die Verwendung ihrer Mittel transparent zu machen. Sie haben deshalb bereits in den letzten Jahren auch ohne gesetzliche Publizitätspflicht ihre Mittelverwendung offengelegt. Zusätzlich greifen die Politischen Stiftungen die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger auf und werden ihre Wirtschaftsplanung in Form einer Gesamtübersicht nach beigefügtem Muster (Anlage 2) veröffentlichen.

Dies gilt gleichermaßen für den vom Wirtschaftsprüfer geprüften Jahresabschluß entsprechend § 264 HGB in Form einer Bilanz und einer Einnahmen-/ Ausgabenrechnung.

Er enthält ergänzend folgende Angaben (Muster Anlage 3):

- Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr;
- Personelle Besetzung der gesetzlichen Organe der juristischen Person und des Hauptgeschäftsführers bzw. Geschäftsführers sowie dessen Stellvertreters mit Hinweis darauf, welche dieser Personen Mitglieder des Deutschen Bundestages, der Landtage, der Bundes- oder Landesregierungen oder Bundes- oder Landesvorstände der jeweils nahestehenden Partei sind. Die genannten Angaben werden im Bundesanzeiger und in den Geschäftsberichten der Politischen Stiftungen veröffentlicht. Dies gilt entsprechend für die Wirtschaftsplanung und Jahresabschlüsse anderer gemeinnütziger Organisationen politischer Bildungsarbeit, die eine Politische Stiftung mit Globalmitteln fördert.

Mit diesen bereits praktizierten oder eingeleiteten Maßnahmen ist ein hohes Maß an Transparenz der Finanzierung der Politischen Stiftungen erreicht.

Die Politischen Stiftungen werden ihr Handeln auch künftig nach den Maßstäben dieser Gemeinsamen Erklärung ausrichten.

Konrad Adenauer Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12 · 53757 Sankt Augustin
Telefon: 02241 / 246 - 0
Telefax: 02241 / 246 - 2591
zentrale@kas.de
www.kas.de

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Schumannstraße 8 · 10117 Berlin
Telefon: 030 / 28534 - 0
Telefax: 030 / 28534 - 109
info@boell.de
www.boell.de

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Bonner Haus
Godesberger Allee 149 · 53175 Bonn
Telefon: 0228 / 883 - 0
Telefax: 0228 / 883 - 9218
info@fes.de
www.fes.de

Hanns Seidel Stiftung

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstraße 33 · 80636 München
Telefon: 089 / 1258 - 0
Telefax: 089 / 1258 - 356
info@hss.de
www.hss.de

Friedrich Naumann STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Karl-Marx-Straße 2 · 14482 Potsdam
Telefon: 0331 / 7019 - 0
Telefax: 0331 / 7019 - 188
info@freiheit.org
www.freiheit.org

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin
Telefon: 030 / 44310 - 0
Telefax: 030 / 44310 - 222
info@rosalux.de
www.rosalux.de

ISBN 978-3-942775-28-1

Print kompensiert
Id-Nr. 1110197
www.bvdm-online.de

Bildnachweis:
Seite 3: © Deutscher Bundestag/Arndt Oehmichen
Seite 4: shock ©-Fotolia.com
Seite 6: contrastwerkstatt ©-Fotolia.com
Seite 7: auremar ©-Fotolia.com